

Leitbild der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Laufenburg

„Die SP im ländlichen Raum“

Der Bezirk Laufenburg entwickelt sich in den nächsten Jahren stark weiter und wandelt sein Bild vom landwirtschaftlich geprägten Leben zum Wohn- und Arbeitsort für einen Grossteil der Gesellschaft. Die Gemeinden im Raum Frick avancieren zum urbanen Lebensraum und auch die Gebiete abseits der wichtigen Verkehrsachsen erhalten regen Bevölkerungszuwachs. Mit diesen wichtigen Entwicklungen entstehen grosse Herausforderungen an die Behörden, die Verwaltung und die Gesellschaft.

Nebst urbanen Wohnbauprojekten zur Verdichtung der Bausubstanz benötigen die Ortschaften auch einen Bezug zur Tradition und zur Erhaltung der bestehenden Ortsbilder. Die neuen Immissionen durch die schnelle Entwicklung müssen möglichst sanft aufgefangen und stetig reduziert werden.

Im Rahmen der politischen Möglichkeiten setzt sich die SP Bezirk Laufenburg deshalb für die nachhaltige Entwicklung dieser Region ein. Durch Innovation, nachhaltige Denkweise und gezieltes Engagement bleibt die hohe Lebensqualität langfristig erhalten und kann punktuell sogar erhöht werden.

Mit folgenden Teilzielen setzt sich die SP für verschiedene Thematiken ein.

Energie

- Aufklärung über die hiesigen Versorgungsmöglichkeiten mit erneuerbaren Energiequellen (Energiekommission, Informationsveranstaltungen)
- Fördergelder der Gemeinden für private Projekte (Erstellung Photovoltaik, Solarkollektoren oder energetische Sanierungsmassnahmen an Liegenschaften)
- Gemeinden planen Neubau- und Sanierungsprojekte auf Minergie-P-Standard
- Gemeinden investieren vermehrt in erneuerbare Energieträger (Photovoltaik etc.) und beziehen für den eigenen Bedarf erneuerbare Energien
- Förderung lokaler und regionaler Wärmeverbunde
- Planungen für die lokale Lagerung radioaktiver Abfälle sind einzustellen
- Strikte Ablehnung geplanter Atommüll-Endlager im Bözberg

Verkehr

- Kein Abbau der öffentlichen Verkehrsmittel, Förderung deren Attraktivität
- Ausbau der öV-Verbindungen zu den Zentren
- Lärmschutz entlang der Autobahn und der Eisenbahnlinien
- Sicherung aller Verkehrsteilnehmenden (inkl. Personen zu Fuss oder mit dem Fahrrad)

Naturschutz & Umwelt

- Schaffung von Korridorgebieten ausserhalb der Wohnzone
- Ausweitung von Naturschutzgebieten
- Renaturierung entlang der Gewässerzonen
- Sicherung und Abbau der bestehenden Deponien
- Kommunale und regionale Politik nimmt Einfluss auf das Projekt „Jurapark“

Familienpolitik

- Tagesstrukturen in jeder Gemeinde
- Förderung des externen Kinderbetreuungsangebotes
- Gemeindeübergreifende Jugendarbeit
- Sicherung der öffentlichen Freiräume für die Jugend
- Anlaufstelle zur Unterstützung alleinerziehender Eltern
- Vernetzung sozialer Dienste und Beratungsstellen mit regionalen Programmen
- Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten (Interkultureller Austausch)

Raumplanung

- Keine übermässige Ausdehnung des Siedlungsgebiets
- Verdichtete Bauweise muss lokal gefördert werden
- Definition regionaler Gewerbezonnen über die Gemeindegrenzen hinweg

Arbeit

- Ausbau des lokalen Arbeitsplatzangebotes zur Reduktion der Pendlerströme
- Schaffung attraktiver Gewerbeflächen
- Einbindung der vorhandenen KMU in die Entwicklungsplanung
- Lokale Betriebe für Teilzeittätigkeit sensibilisieren

Bildung

- Dezentrales Grundstufenangebot
- Keine Sparmassnahmen bei der Bildung
- Förderung ausserschulischer Aktivitäten im Bereich Sport, Kultur und Umwelt
- Frühzeitige Einbindung junger Erwachsener in die politischen Prozesse

Gesundheit und Alter

- Flächendeckende Gesundheitsversorgung durch Hausärztinnen und Hausärzte
- Erweiterung des Angebots alternativer Behandlungsmethoden (Komplementär Medizin)
- Projekte wie Wohnen im Alter müssen in den einzelnen Dörfern gefördert werden

Wohnen

- Preiswerter Wohnraum für junge Familien und Jugendliche schaffen
- Breites und modernes Angebot von Mietobjekten
- Förderung der genossenschaftlichen Wohnbaustrukturen

Freizeit

- Unterstützung des Kulturangebotes und der Vereine
- Sicherung und Ausbau des lokalen Sportangebotes
- Stetige Modernisierung der vorhandenen Infrastruktur

Finanzpolitik und Verwaltung

- Keine Benachteiligung dezentraler Gemeinden
- Zusammenarbeit der Gemeindewerke oder einzelner Ämter
- Professionalisierung und Stärkung des Service public
- Einsatz für eine faire Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden